

Gemeinsame Stellungnahme des Bibliotheksverbundes Bayern (BVB) und des Kooperativen Bibliotheksverbundes Berlin-Brandenburg (KOBV) zur Empfehlung des Wissenschaftsrates „Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland“

Der Bayerische Bibliotheksverbund (BVB) und der Kooperative Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV) haben sich zur Entwicklung innovativer Verbunddienstleistungen in einer strategischen Allianz organisiert. Sie unterstützen alle Initiativen, die sich einer operativen Optimierung und innovationsorientierten Weiterentwicklung der regionalen und überregionalen Informationsinfrastrukturen verpflichtet sehen. Daher begrüßen sie ausdrücklich, dass der Wissenschaftsrat in seinen jüngsten „Empfehlungen zur Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland“

- die essentielle Bedeutung der lokalen wissenschaftlichen Bibliotheken als einen wichtigen Teil der Informationsinfrastruktur herausgestellt und in diesem Zusammenhang die Relevanz beschrieben hat, die dem bibliothekarischen Verbundsystem als Dienstleister für wissenschaftliche Bibliotheken zukommt¹,
- die klare Forderung erhoben hat, dass die Tendenz, dass die kommerziellen Anbieter von integrierten Bibliothekssystemen zukünftig noch stärker auf globaler Ebene agieren werden, nicht dazu führen darf, dass die Bedürfnisse lokaler wissenschaftlicher Bibliotheken nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden.²

Die Kooperationspartner sind übereinstimmend der Ansicht, dass die Rolle der Bibliotheken sowohl als Partner als auch als Kunden der Verbünde in einem überregionalen und nationalen Rahmen gestärkt werden muss – in dieser Ausrichtung agiert bereits die strategische Partnerschaft zwischen BVB und KOBV.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die vom Wissenschaftsrat empfohlenen neuen Modelle der Finanzierung nicht dazu führen dürfen, dass die für Informationsinfrastrukturen verfügbaren Finanzmittel, insbesondere auch die Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft, anderen Schwerpunkten entzogen

1 <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10463-11.pdf>
(S. 5, besucht: 18.4.2011)

2 Ebenda, S. 34

werden³. Primäres Ziel muss es sein, dass neue Strukturen des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland den Wissenschaftsstandort Deutschland weiter stärken.

Die Kooperationspartner erkennen in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine dezidiert gesamtstaatliche Perspektive. Diese bringt es fast zwangsläufig mit sich, dass vor dem Hintergrund föderaler Handlungsbedingungen die Arbeit der deutschen Bibliotheksverbände sehr stark in ihren Begrenzungen als vielmehr in ihren Potenzialen zur Bewältigung der Herausforderungen an eine zukunftsfähige Informationsinfrastruktur beschrieben wird. Die föderale Zuständigkeit für Wissenschaft und Kultur ist jedoch ein Verfassungsgrundsatz und damit eine maßgebliche Rahmenbedingung auch der Arbeit der Bibliotheksverbände.

Die Kooperationspartner folgen gleichwohl der Analyse des Wissenschaftsrates, dass im Kontext globalisierter IT-Dienstleistungen die föderal bedingte „regionale Multiplizierung“ – insbesondere der katalog- und leihverkehrsbezogenen Basisdienste der Verbände – sachlich in der jetzt gegebenen Ausdifferenzierung nicht mehr gerechtfertigt ist.

Weiterhin ist es unstrittig, dass mit Blick auf die – das Spektrum der Basisdienste überschreitenden – Zusatz- und Innovationsdienste der Verbände eine „funktional differenzierte, arbeitsteilige“ Leistungserbringung angezeigt ist, die bestimmte Dienste schwerpunktmäßig bei den jeweiligen Akteuren verankert. Dieser verteilten, Synergien nutzenden und produzierenden Arbeitsweise fühlt sich die strategische Entwicklungspartnerschaft zwischen KOBV und VVB seit langem verpflichtet. Die Leistungsvorzüge und -grenzen derart „verteilter Monopole“ der Leistungserbringung bedürfen jedoch einer vertieften Analyse.

Der Evaluationsbericht kommt jedoch gleichzeitig zu der Einschätzung, dass „nachdem durch den Fortschritt auf dem Gebiet der Informationstechnik das Problem der begrenzten informationstechnischen Vernetzungsmöglichkeiten weggefallen ist, die föderale Zuständigkeit das einzig verbliebene Hindernis auf dem Weg zu einer Etablierung eines weitgehend funktional differenzierten Verbundsystems (ist)“⁴. Die Bundesländer stellen jedoch keineswegs ein Hindernis für die Entwicklung zukunftsfähiger wissenschaftlicher Informationsinfrastrukturen dar, sondern sind die für diese Strukturen zuständigen Verfassungsorgane. Aus Sicht der Kooperationspartner können daher überregionale und nationale Verbundstrukturen nur auf dem Wege einer sukzessive ausgeweiteten, arbeitsteiligen Zu-

3 Etwa dem Erwerb von Medien und Lizenzen, den Schnittstellen der Digitalen Bibliothek zu virtuellen Forschungsumgebungen, der Retrodigitalisierung und der Bewahrung des kulturellen Erbes, den Infrastrukturen für elektronisches Publizieren und Open Access zu E-Publikationen

4 <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10463-11.pdf> (S. 39, besucht: 18.4.2011)

sammenarbeit entstehen, die vom gemeinsamen Willen der Bundesländer als Träger der Hochschulen, ihrer Bibliotheken und der Verbundsysteme bestimmt sein muss. Die „Strategische Allianz“ aus BVB und KOBV sieht sich als Paradigma einer verbundübergreifenden, arbeitsteilig integrierten Leistungsstruktur.

Aus der Synthese dieser beiden Standpunkte – der Anerkennung der Notwendigkeit der verstärkten arbeitsteiligen Entwicklung innovativer Dienstleistungen durch das bibliothekarische Verbundsystem und dem starken Vorbehalt gegenüber einer zentralistisch einengenden Sichtweise – kommen die Kooperationspartner zu folgenden Schlüssen:

Die Kooperationspartner bestreiten die Annahme des Wissenschaftsrates, dass die derzeitigen föderalen Finanzierungsstrukturen zu einer innovationshemmenden Zwangsbindung der Bibliotheken an „ihren“ Verbund führen. Sie unterstützen jedoch die Entwicklung eines systematisch angelegten Finanzierungsmodells, das

- sich nicht lediglich auf die Ablösung der derzeit föderal bestimmten Finanzierung reduziert, sondern Mechanismen impliziert, in denen das geforderte „länderübergreifende“ Finanzierungsmodell zu einer tatsächlichen, auch den Regelbetrieb nachhaltig absichernden Optimierung der Informationsinfrastruktur führt,
- nicht dazu führen darf, dass die bisher weitestgehend in den jeweiligen Fachministerien auf Länderebene ausgebrachten Finanzmittel für Verbunddienstleistungen künftig nicht mehr im bisherigen Umfang zur Verfügung stehen. Diese Mittel müssen den Verbänden, die sich durch ihre Mitgliedsbibliotheken definiert sehen, gerade auch angesichts einer sinkenden lokalen Ausstattung an Finanzmitteln, die für die Mitwirkung an Verbunddienstleistungen aufgewendet werden können, dringend erhalten bleiben.
- den raschen Aufbau und das dauerhafte Angebot zusätzlicher innovativer Dienstleistungen durch den Einsatz zusätzlicher Finanzmittel auf gesamtstaatlicher Ebene ermöglicht.

Die Kooperationspartner werden

- weiterhin im Interesse der kontinuierlichen Leistungssteigerung ihrer Mitgliedsbibliotheken und der von ihnen mit innovativen Dienstleistungen bedienten wissenschaftlichen und öffentlichen Communities wirken und dabei weiterhin konsequent den Weg einer strategischen Partnerschaft beschreiten,
- sich weiterhin in die Entwicklung des nationalen bibliothekarischen Verbundsystems mit innovativen Services, wie z.B. Hosting Services für Bibliotheksapplikationen, Repositorien und elektronische Medien, mobile Internetapplikationen, die Bereitstellung von Serviceplattformen u.a. auch für die Langzeitarchivierung auch vor dem Hintergrund einer dynamisch

und konstruktiv geführten Diskussion der nationalen Rahmenbedingungen einbringen.

Die Kooperationspartner sehen in der von ihnen eingegangenen, vertraglich gestützten Allianz ein Modell, das offen ist auch für weitere Partner und damit ein mögliches Paradigma für die zukünftige Ausrichtung der Verbundlandschaft in Deutschland darstellt. Der Forderung des Wissenschaftsrates nach einer funktionalen Aufgabenteilung ist hier innerhalb der verfassungsmäßigen föderalen Strukturen bereits entsprochen.

(Stand 15.06.2011)